

Mut- und kraftlos



Stefan Luft
zur Bremer CDU

Die Bindungskraft der Parteien geht dauerhaft zurück. Die Ursache sind allgemeine gesellschaftliche Trends wie etwa erodierende traditionelle Milieus und die Individualisierung. In Bremen ist der Verlust der Integrationsfähigkeit von Sozial- und Christdemokraten besonders stark ausgeprägt. Nur noch 15,9 Prozent der Wahlberechtigten in Bremen gaben der SPD, 11 Prozent der CDU ihre Stimme. Erstaunlich ist: Die CDU konnte von 13 Prozentpunkten Minus bei Rot-Grün nicht profitieren. Die latente Unzufriedenheit war überall spürbar, entlud sich aber nicht zugunsten der größten Oppositionspartei. Ihr wird mehrheitlich nicht zugetraut, die Probleme des Stadtstaates besser lösen zu können. Unzufriedene sind deshalb entweder nicht zur Wahl gegangen oder haben FDP und AfD in die Bürgerschaft gewählt und die Linke gestärkt.

Um „neues Vertrauen“ warb die CDU – die Wähler sahen offensichtlich keinen Grund, ihr einen Vertrauensvorsprung einzuräumen. Die „Forschungsgruppe Wahlen“ spricht von einer „schwachen CDU, die aufgrund inhaltlicher und vor allem personeller Defizite nicht als überzeugende Alternative zu Rot-Grün wahrgenommen wird“. Die Bremer CDU habe „ein ungewöhnlich geringes Parteienansehen, das weit unter dem Niveau der Bundes-CDU liegt.“

Zu den Ursachen dieses schlechten Images gehört, dass sich die Partei jahrelang in einem Machtkampf um die Nachfolge des Landesvorsitzenden Bernd Neumann aufgerieben hat. Ein Symptom der Entpolitisierung der CDU ist, dass es dabei nie um inhaltlich begründete Konflikte ging (etwa liberale Modernisierer gegen konservative Traditionalisten), sondern stets nur um Seilschaften. Der vermeintliche Burgfrieden, der seit Ende 2012 mit der Wahl des Übergangslandesvorsitzenden Jörg Kastendiek herrscht, ist Ausdruck der allgemeinen Erschöpfung, die die Partei kennzeichnet. So fehlte denn auch die Kraft zu einer personellen und inhaltlichen Erneuerung.

Seit Jahrzehnten in der bremischen CDU sozialisierte Politiker dominieren die Partei weiterhin und blockieren sich gegenseitig. So gehört der Vorsitzende der CDU-Bürgerschaftsfraktion, Thomas Röwekamp, seit 1991 dem Parlament an (mit Ausnahme der Jahre 2003 bis 2007, in denen er Mitglied des Senats war). Er wird bewusst einem Senator vergleichbar bezahlt, um sich mit erkennbarer Führung voll und ganz der Politik als Beruf widmen zu können.

Das hindert ihn nicht daran, zeitgleich einer umfänglichen Berufstätigkeit als Rechtsanwalt und Notar nachzugehen. Ein solches Verhalten kann nicht im Sinne des Gesetzgebers gewesen sein – die finanzielle Ausstattung von Fraktionsvorsitzenden lässt sich nur dann rechtfertigen, wenn sie ihrer Aufgabe auch tatsächlich uneingeschränkt zur Verfügung stehen.

Die Lage der Bremer CDU ist auch darauf zurückzuführen, dass es nicht gelungen ist, Themen zu setzen. Nicht einmal mit den klassischen CDU-Themen wie Innere Sicherheit und Wirtschaftspolitik kam die CDU in die Offensive. Es gelang nicht, offensichtliche Schwächen im Regierungshandeln in den Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit zu rücken. Dieser Ausfall ist nicht nur ein Problem der CDU, es ist darüber hinaus ein ernstes Problem dieses Gemeinwesens: Wenn die zentralen Themen dieses Stadtstaates nicht mehr inhaltlich kontrovers debattiert werden können, weil die Opposition inhaltlich ausgezehrt, mut- und kraftlos ist, dann entsteht daraus ein Legitimationsproblem für die Politik. Die Politik wird zu einem selbstbezogenen Club, für den sich immer weniger interessieren oder gar begeistern. Wahlverweigerung und die Stärkung der politischen Ränder sind die Konsequenz.

Die Parteien müssen durch Verwurzelung im vorpolitischen Raum die Themen, die die Bürger umtreiben, aufnehmen und für Lösungen werben. So bekommen immer mehr Bremer die Konsequenzen des Versuchs zu spüren, die Schuldenbremse für den Landeshaushalt einzuhalten – also bis 2020 die Neuverschuldung auf Null herunterzuführen. Bei Polizei, Justiz und Bildung

Zur Person: Stefan Luft, geboren 1961, ist Privatdozent am Institut für Politikwissenschaft der Universität Bremen. Er ist spezialisiert auf Ausländer- und Integrationspolitik sowie auf Strukturprobleme von Städten. Luft war von 1999 bis 2004 stellvertretender Regierungssprecher des SPD/CDU-Senats.

macht sich die unzureichende Personalausstattung am stärksten bemerkbar, öffentliche Investitionen werden immer weiter abgesenkt. Diese Einschnitte schränken den politischen Gestaltungsspielraum ein und benachteiligen vor allem jene, die als sozial Schwache besonders auf staatliche Dienstleistungen angewiesen sind.

Niemand nimmt der CDU mehr ab, sie würde – wäre sie an der Macht – endlich einmal zeigen, wie man „richtig“ spart (immerhin stellte sie in der Großen Koalition zwei Legislaturperioden den Finanzsenator). Bremens Finanzausstattung ist bereits heute nicht mehr aufgabengerecht. Wie weit soll und darf bremische Politik hier gehen? Wann besteht die Gefahr, dass sich Bremen als Stadtstaat selbst abschafft? Und: Überdeckt wird vieles im Moment dadurch, dass (wegen des Euro) die Zinsen historisch niedrig und die Steuerzuwächse historisch dauerhaft hoch sind. Wie ein Damoklesschwert hängt über Bremen die Drohung, dass sich dies Verhältnis ändert (normalisiert).

Das politisch größte Problem für Bremen liegt allerdings darin, dass Bremens Wirtschaftskraft derzeit bei etwa 130 Prozent des Bundesdurchschnitts liegt, Bremen aber mit einer Finanzkraft von nur etwa 95 Prozent in den Finanzausgleich geht. Die Folge ist: Bremen hängt am Tropf und gilt als Griechenland an der Weser. Gerade eine eigentlich wirtschafts- und leistungsorientierte Partei wie die CDU hätte hier eine offensive Gegenposition zur ängstlich-defensiven rot-grünen Haltung aufbauen können. Auf dem politischen Feld liegen genügend Themen wie dieses, um die gerungen werden müsste, die ein inhaltlich starkes und motiviertes Team in den politischen Wettbewerb einbringen könnte.

Die Bremer CDU muss sich – wie ein abgefahrener Reifen – runderneuern. In personeller Hinsicht ist ein Reifenwechsel unverzichtbar. Nur dann kann es inhaltlich und was Stil und Umgang in der Partei angeht einen erkennbaren glaubhaften Neuanfang geben. Dass es diesen Neuanfang geben wird, ist

leider nicht wahrscheinlich. Für Bremen als politisches Gemeinwesen wäre es nur zu nötig.



Umstritten: CDU-Fraktionschef, Rechtsanwalt und Notar Thomas Röwekamp.

FOTO: FRANK THOMAS KOCH